

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ständig über die neuesten Entwicklungen in der Kammer zu berichten, ist ein Unding an dieser Stelle. Die Herstellung des PTJ dauert so lange, dass die aktuellen Ereignisse schon längst Vergangenheit geworden sind, wenn das Heft erscheint. Auch über aktuelle Pläne zu berichten, ist nicht einfach: Manchmal ergeben sich Umstände, die zur Korrektur zwingen, oder was Vorhaben war, ist längst umgesetzt und wir setzen uns mit den Folgen auseinander. Deswegen haben wir zur schnelleren Information der Mitglieder einen elektronischen Newsletter herausgegeben, dessen erste Nummer Sie Anfang Juli erhalten haben.

Trotzdem gibt es diesmal einige Ereignisse, die berichtenswert sind und kurz kommentiert werden sollen. Wir haben in den letzten Wochen mit der Geschäftsstelle größere Räume bezogen. Das Raumangebot der alten Geschäftsstelle reichte nicht mehr aus, um alle Aufgaben zu erfüllen und alle Mitarbeiter unterzubringen (zu den neuen Räumen und der Adresse siehe auch unten).

Mit der Landesärztekammer gab es einen Konflikt um den Namen „Psychotherapeutenkammer“. Auf unsere Einladung hin haben sich Mitglieder des Vorstandes der Landesärztekammer und die Mitglieder des Gemeinsamen Beirates zu einem Austausch getroffen. Das faire, entschiedene, manchmal auch kontroverse Gespräch hatte als bedeutendstes Ergebnis, dass wir festhalten, dass es *eine* Psychotherapie gibt und geben soll, die von *drei* Berufsgruppen ausgeübt wird. Wir haben uns im Gespräch darauf verpflichtet, nicht den falschen Eindruck zu erwecken und dem falschen Eindruck entgegenzutreten, wir würden alle Psychotherapeuten repräsentieren.

Unser besonderer Dank gilt der Präsidentin der Landesärztekammer, Frau Dr. med.

Ursula Stüwe, die energisch darauf gedrungen hat, sich auf die gemeinsamen Aufgaben zu besinnen und nach Wegen zu suchen, die, gemessen an den großen Herausforderungen im Gesundheitswesen, kleinen Differenzen schnell beizulegen.



Jürgen Hardt

Wir haben schon darüber berichtet, dass die Heilberufekörperschaften auf unsere Anregung hin im Januar 2008 einen gemeinsamen Heilberufetag mit Symposiums-Charakter für engagierte Mitglieder der Heilberufe ausrichten wollen. Als Gäste versuchen wir Gesundheitspolitiker sowie Vertreter aus der Gesundheitswirtschaft zu gewinnen. Dabei wollen wir die Auswirkung der zunehmenden Administration und ausschließlich ökonomischen Steuerung im Gesundheitswesen auf die Kultur und das Ethos des Heilens thematisieren. Wir denken, dass gerade die Kammermitglieder als Betroffene der so genannten Gesundheitsreformen die besten Multiplikatoren solcher Gedanken in der Gesellschaft sein können.

Merken Sie sich schon jetzt den 16. Januar 2008 als Termin vor und engagieren Sie sich bitte im Vorfeld. Reden Sie über die Entwicklungen im so genannten Gesundheitswesen und versuchen Sie, mit auf Entwicklungen, die unserer Berufswirklichkeit Schaden zufügen, hinzuweisen.

Wir werden weiter über alle Planungen und die Hintergründe unserer Aktivitäten unterrichten.

Für den Vorstand

Jürgen Hardt
Präsident

300 PP und KJP in Ausbildung neue Pflichtmitglieder in der Landeskammer

Mit einer Änderung des Hessischen Heilberufegesetzes wurden die PP/KJPIA in „Praktischer Ausbildung“ zu neuen Pflichtmitgliedern der Landeskammer bestimmt.



Susanne
Walz-Pawlita

Damit unterliegen auch sie den Rechten und Verpflichtungen, die die heilkundliche Berufstätigkeit aller Kammermitglieder begründen. Gleichzeitig können sie sich nun – als Vollmitglieder unserer Körperschaft – als Gruppe konturieren und ihre Interessen in einem schwieriger gewordenen Ausbildungsweg zu Gehör bringen.

Bisher haben weit über 300 PiA und KJPIA ihre Mitgliedschaft in der LPPKJP angemeldet. Sie stellen damit 10 % deren Mitglieder. Die beitragsfreie Mitgliedschaft in der LPPKJP ermöglicht den Zugang zu allen Dienstleistungen, die Kammer und Geschäftsstelle zur Verfügung stellen. PiA/KJPIA haben in allen Gremien aktives und passives Wahlrecht und sind Mitglieder des Psychotherapeutenversorgungswerkes.

Die neuen Mitglieder stellen die Kammer vor die Aufgabe, sich stärker mit Ausbildungsfragen sowie den heutigen Bedingungen beim Berufseinstieg von PPs und KJPs zu befassen. Freiheiten in der Gestaltung der eigenen Ausbildung sind überwiegend dem Druck festgezurrt Curricula gewichen. Die medizinisierten Prüfungsbedingungen sind den notwendigen inneren Erfahrungen, die eine Ausbildung im psychotherapeutischen Bereich erfordert, nicht immer angemessen. Neben den früher üblichen Teilzeitausbildungen gibt es heute Vollzeitausbildungen,

die einerseits eine ruhige Entwicklung in den Therapeutenberuf hinein erschweren, andererseits aufgrund der angespannten Planstellensituation für diplomierte Studienabgänger eine schnellere Qualifizierung erlauben, um endlich vom erlernten Beruf leben zu können. Somit ist uns ein verstärkter Schutz der nachfolgenden Psychotherapeutengeneration zugewachsen, den wir nach innen und außen wahrnehmen wollen.

Auf drei regional verteilten Veranstaltungen haben sich Vorstand und Geschäftsführung der LPPKJP in den letzten Wochen den neuen Mitgliedern vorgestellt und auf den lebhaft besuchten Treffen die Anliegen der PP und KJP in Ausbildung diskutiert und aufgenommen.

Dabei standen die Fragen zur Finanzierung der Ausbildung in einem kritischen Abschnitt der Familiengründung und beruflichen Konsolidierung im Vordergrund, die insbesondere die Zeit der „Praktischen Tätigkeit“ betrafen. Von den jeweils Anwesenden hatten maximal 15 % eine feste Anstellung als Diplom-Psychologin/Sozialpädagogin. Alle anderen waren auf Nebenjobs, Unterstützung durch Partner, Eltern oder Kredite angewiesen. Nach Berichten der PP/KJPIA liegt die **Entlohnung für die Praktische Tätigkeit** in den psychiatrischen Kliniken der verschiedenen Kostenträger bei maximal 800 € monatlich. Die Mehrzahl erhalte überhaupt keine Vergütung. Gleichzeitig seien die Stationen personell zunehmend auf die PP/KJPIA angewiesen. Die Mittel- und Personalkürzungen im stationären Bereich führten vor allem bei privaten Klinikträgern zu einer Ausdünnung von therapeutischen Angeboten, Diagnostik und Beratung, für die ohne PP/KJPIA zu wenig Personal zur Verfügung stehe. Parallel dazu sei eine kontinuierliche Entwertung des Diploms abzusehen.

Die Kammer wurde aufgefordert, weitere Überlegungen zur Ausbildungsfinanzierung insbesondere für die Zeit des Ausbildungsbeginns und der „Praktischen Tätigkeit“ anzustoßen.

Im Hinblick auf die weitere Entwicklung der Studiengänge wurde auch die **Bachelor-**

Master-Debatte kritisch beleuchtet. Wenn zukünftig der Master-Abschluss als Zugang zur Ausbildung verlangt werde, drohe die Finanzierung der Ausbildung angesichts der Verlängerung der Gesamtbildungszeit und der neuen Studiengebühren noch schwieriger zu werden. Die KandidatInnen regten an, dies bei einer Überprüfung des PsychThG mit zu bedenken.

Daneben kam es unter den PiA zu einem Austausch über die **Ausbildungsbedingungen** an ihren Ausbildungsstätten. Deutlich zeigte sich, dass in vielen Ausbildungsstätten eine gewählte Kandidatenvertretung nicht etabliert ist. In verschiedenen Ländern hätten sich inzwischen selbst organisierte sog. „PiA-Netzwerke“ gebildet, über die informell ein Austausch und eine Interessenvertretung zwischen den Kandidaten verschiedener Vertiefungsrichtungen und Ausbildungsgänge versucht werde.

Auch auf Landesebene wird es nun darum gehen, geeignete Modelle einer PP/KJPIA-Vertretung in der Kammer zu erarbeiten und umzusetzen.

„Wenn es eine ethische Verpflichtung der PiA im Rahmen ihrer heilkundlichen Tätigkeit gibt, ist diese auch als Selbstverpflichtung der Älteren in geldlichen Fragen gegenüber den Ausbildungsteilnehmern und frisch Approbierten zu erwarten.“ Mit diesem Satz einer PiA begann der Austausch über die **Ausbildungskosten** und die Vergütung der Ausbildungsbehandlungen an den Instituten. Der den PiA/KJPIA ausbezahlte Stundensatz liege zwischen 30 und 95 % der von den Krankenkassen an die Ambulanzen ausbezahlten Honorare. Dafür seien die dadurch abgegoltene Kosten für Supervisionen und Selbsterfahrung ebenfalls sehr verschieden.

Auch die gestiegenen Kosten für den Erwerb von Praxissitzen wurden kritisiert. Hier liegen die Preise mittlerweile zwischen 30.000 (Mittelhessen) und 85.000 € (Frankfurt), was ohne Grundlage und nicht mehr zu rechtfertigen sei.

Der Kammervorstand sagte zu, im Kontakt mit der BPTK und den andern Länderkammern bundeseinheitliche Be-

wertungsmodelle für Praxisübergaben zu entwickeln.

Die PiA/KJPIA äußerten den Wunsch, dass es nicht wieder ein Jahr dauern solle, bis die nächsten Treffen stattfinden, was von den anwesenden Vorstandsmitgliedern gerne zugesagt wurde.

*Susanne Walz-Pawlita
Mitglied des Vorstandes*

Bericht von der Delegiertenversammlung

Am 1. Mai 2007 tagte die Delegiertenversammlung (DV) der Kammer. Einen breiten Raum nahm die **Information der Delegierten** durch Präsident, Vorstand, Ausschüsse, gemeinsamen Beirat und Geschäftsstelle ein.

Weiter standen **wirtschaftliche Themen** auf der Tagesordnung: Jahresabschluss 2006, Entlastung des Vorstands sowie ein Nachtragshaushalt für 2007. Angesichts der sparsamen Haushaltsführung aller Gremien und der Geschäftsstelle konnte das Haushaltsjahr 2006 mit einem Überschuss abgeschlossen werden. Ein Nachtrag zum Haushaltsplan 2007 wurde unter anderem wegen des Umzuges der Geschäftsstelle und der Neueinstellung eines wissenschaftlichen Referenten erforderlich (zu beidem näher siehe unten).

Einige **Änderungen der Satzung**, die zu meist wegen Änderungen des Heilberufsgesetzes erforderlich wurden, hat die Delegiertenversammlung beschlossen (im Detail am Ende der Hessenseiten). Eine Neuregelung des Wahlverfahrens für die Bundesdelegierten, das die Stimmenverhältnisse der verschiedenen Gruppierungen besser berücksichtigt als das bisherige Vorgehen, konnte noch nicht beschlossen werden, weil die Formulierung in der Satzung viele Detailprobleme aufwirft. Die DV einigte sich jedoch darauf, die Bundesdelegierten nach dem neuen Schlüssel bereits jetzt befristet bis zur nächsten DB neu zu wählen. Darüber hinaus ist eine angemessene Vertretung der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und -therapeuten gewährleistet. Den neu ge-

wählten Delegierten empfahl die DV mit großer Mehrheit, auf dem 10. Deutschen Psychotherapeutentag der vom Bundesvorstand beantragten Erhöhung der Beiträge zuzustimmen, die die Länderkammern an die Bundeskammer zu zahlen haben.

Ferner beschäftigte sich die DV mit der geplanten **Einführung der elektronischen Gesundheitskarte** und verabschiedete eine Resolution, in der sie die weitere Entwicklung und Einführung der elektronischen Gesundheitskarte, wie sie gegenwärtig geplant und realisiert wird, aus drei Gründen ablehnte:

- ein belegbarer medizinischer Nutzen für die Patientinnen und Patienten sei nicht zu erwarten,
- ein akzeptables Kosten-Nutzen-Verhältnis werde nicht erreicht und
- durch die Gefahr eines Missbrauchs werde das informationelle Selbstbestimmungsrecht in hohem Maße gefährdet.

Die Delegierten sind in großer Sorge, dass Patienten, die psychotherapeutischer Behandlung bedürfen, benachteiligt und diskriminiert werden könnten und zwar in noch höherem Maße als das heute bereits der Fall ist (den Text der Resolution finden Sie unter www.psychotherapeutenkammer-hessen.de/ptj).

Die DV verabschiedete eine **Resolution**, in der sie vor allem die **einseitige Ausrichtung an der quantitativen empirischen Forschung und die geplante Kooperation des Wissenschaftliche Beirates Psychotherapie (WBP) mit dem Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) kritisierte**. Die Resolution reagierte damit darauf, dass der WBP zuvor seine Entwurfsfassung zu den Verfahrensregeln zur Beurteilung der wissenschaftlichen Anerkennung von Methoden und Verfahren der Psychotherapie der Öffentlichkeit bekannt gemacht und zur Diskussion gestellt hat. Mit dem Vorgehen des WBP sei die Gefahr verbunden, dass Fragen der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit sozialrechtlichen und wirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Aspekten vermisch werden könnten (auch den Text dieser Resolution finden Sie unter www.psychotherapeutenkammer-hessen.de/ptj).

Mehrere Anträge zu berufsethischen Fragen mussten ebenso vertagt werden wie Anträge zur Änderung der Fortbildungsordnung und der Aufwandsentschädigungsordnung, weil die Tagungszeit bereits erheblich überschritten war.

Künftig soll für die Delegiertenversammlungen **eineinhalb Tage** eingeplant werden.

Wissenschaftlicher Referent hat Arbeit aufgenommen

Seit September 2007 arbeitet Dr. Matthias Ochs als wissenschaftlicher Referent für die Kammer. Sein Aufgabengebiet besteht darin, den Vorstand bei Fachthemen und Positionspapieren zu wissenschaftlichen und gesundheitspolitischen Fragen zu beraten und zu unterstützen, Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben auf Landesebene zu erarbeiten, Veröffentlichungen zu beobachten und Literaturrecherchen durchzuführen.

Dr. Matthias Ochs, Jahrgang 1968, ist Diplom-Psychologe, Psychologischer Psychotherapeut und Systemischer Familientherapeut SG. Seine Diplomarbeit mit dem Titel „Zur Relation von kognitiven und dyadischen Systemen“ hat er bei Prof. Dr. Jürgen Kriz an der Universität Osnabrück geschrieben. Für die in der Arbeit verwendete Methodenkombination von quantitativen Zeitreihenanalysen und qualitativen Daten hat er 1998 den Forschungspreis der Systemischen Gesellschaft gewonnen. 2005 promovierte er an der Universitätsklinik Heidelberg (mit „magna cum laude“) zu familiendynamischen und -therapeutischen Aspekten bei pädiatrischen primären Kopfschmerzen. Für diese Forschung wurde er 2005 mit dem Wissenschaftspreis der Deutschen Gesellschaft für Systemische Therapie und Familientherapie ausgezeichnet. Er hat 1997 mit Prof. Dr. Arist von Schlippe und Prof. Dr. Jochen Schweitzer einer der ersten Überblicksarbeiten zur Wirksamkeit der systemischen Familientherapie im deutschsprachigen Raum in der Zeitschrift „Familiendynamik“ publiziert. 2007 veröffentlichte er mit demselben Autorenpaar den Übersichtsartikel zur systemischen

Psychotherapie im „Lehrbuch der Psychotherapie“ von Bernhard Strauss, Franz Caspar und Fritz Hohagen. 2000 – 2004 war er Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat der Fachzeitschrift „Psychotherapie im Dialog“.



Dr. Matthias Ochs

Ochs war mehrere Jahre im klinischen Kontext tätig. Er arbeitete zwei Jahre in einer Kinder- und Sozialhilfeeinrichtung im Landkreis Osnabrück, wo er Kinder- und Jugendlichenpsychotherapien sowie Eltern- und Familienberatung durchführte und für die Fallsupervisionen mehrerer pädagogischer Teams zuständig war. Dreieinhalb Jahre war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Medizinische Psychologie/Zentrum für Psychosoziale Medizin der Universitätsklinik Heidelberg. Innerhalb dieser Tätigkeit arbeitete er auch in der Institutsambulanz, wo er Familientherapien mit psychosomatisch und psychiatrisch erkrankten Kindern und Jugendlichen durchführte. Seit 2003 war er im psychologischen Dienst einer Kinderklinik im Rhein-Neckar-Raum beschäftigt, wo er für die Diagnostik und psychotherapeutische Begleitung/Beratung von Kindern und Jugendlichen sowie deren Familien in der Allgemeinpädiatrie, der Kinderonkologie und -psychosomatik zuständig war.

Kooperationsprojekt mit Landesärztekammer – „Gesundheit & Ethnisch-kulturelle Vielfalt“

10. und 11. November sowie 8. und 12. Dezember werden die ersten Module eines gemeinsamen Fortbildungsprojekts „Gesundheit & Ethnisch-kulturelle Vielfalt“ stattfinden. Ziel der Fortbildung soll sein, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein besseres Verständnis sowie eine größere Handlungssicherheit im Umgang mit Migrantinnen und Migranten in der alltäglichen Praxis zu vermitteln (nähere Informationen über Programm und Anmeldemodalitäten erfahren Sie unter www.laekh.de oder www.psychotherapeutenkammer-hessen.de/ptj).

Geschäftsstelle in neuen Räumen



Gutenbergplatz 1 – die neue Adresse der LPPKJP

Im August hat die Kammer größere Räume am Gutenbergplatz 1 in Wiesbaden bezogen. Der Umzug war notwendig geworden, weil der Platz für Mitarbeiter, Präsident, Vizepräsident, Aushilfskräfte, Ausschüsse und Arbeitsgruppen bei weitem nicht mehr ausreichte.

Sozialgericht Marburg verpflichtet KV-Hessen in erster Instanz zur Neubescheidung

Das Sozialgericht Marburg hatte für den 4. Juli einen Termin zur Entscheidung in sozialrechtlichen Angelegenheiten anberaumt. Zur Entscheidung standen drei Musterklagen, die eine Erhöhung der Honorare für das Jahr 2000 anstreben.

In der mündlichen Verhandlung wurde bekannt, dass ca. 2.000 Honorarklagen von Psychologischen, Ärztlichen und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten anhängig sind. Wie der „Berufsverband der Kinder- und JugendlichenpsychotherapeutInnen“, die „Deutsche Psychotherapeutenvereinigung“ und die „Deutsche Gesellschaft für Psychoanalyse, Psychotherapie, Psychosomatik und Tiefen-

psychologie“ mitteilten, die die drei Musterklagen unterstützten, verliefen die Verhandlungen im Wesentlichen erfolgreich:

Das Sozialgericht Marburg hob die Honorarbescheide der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen auf und verpflichtete sie zur Neubescheidung. Als fehlerhaft wurde die Grundlage der hessischen Bescheide, nämlich die Beschlüsse des Bewertungsausschusses (Bundesebene) zum Mindestpunktwert für genehmigungspflichtige psychotherapeutische Leistungen, angesehen. In diesen seien Fehler bei der Ansetzung der Betriebsausgaben der Praxen und auch hinsichtlich der Berechnung der Vergleichserträge der anderen Facharztgruppen enthalten.

Es wurde allerdings auch entschieden, dass nicht genehmigungspflichtige Leistungen, wie z.B. probatorische Sitzungen, nicht mit dem gestützten Punktwert vergütet werden müssen.

Bei dem Urteil handelt es sich um ein erstinstanzliches Urteil. Es ist davon auszugehen, dass die KV Hessen dieses Urteil nicht akzeptieren wird und einen Rechtsbehelf ergreift.

Termine

Termine und Informationen finden Sie immer aktuell unter www.psychotherapeutenkammer-hessen.de/ptj.

- Veranstaltung zur Berufsordnung im Berufsalltag, 28. September 2007, Darmstadt, Technische Universität, Standort Stadtmitte, Hochschulstraße, Gebäude S103, Raum 123, 17.00 – 20.00 Uhr.
- Fortbildungsveranstaltung zur akut- und notfallpsychotherapeutischen Versorgung, 27. Oktober 2007, Frankfurt, DGB-Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Straße 69 – 77.
- Delegiertenversammlung: 2. und 3. November 2007, IB Hotel Friedberger Warte, Homburger Landstraße 4, 60389 Frankfurt. Diese DV wird mit einem inhaltlichen Thema verknüpft werden, das rechtzeitig bekannt gegeben wird.

- Fortbildung „Gesundheit und Integration“, Modul 1, 10. – 11. November 2007, Fortbildungszentrum der Landärztekammer Hessen, Bad Nauheim, Karl-Oelemann-Weg 5 – 7.
- Veranstaltung zur Berufsordnung im Berufsalltag, 16. November 2007, Fulda, VHS-Haus Kanzlerpalais, Unterm Heilig Kreuz 1, 17.00 – 20.00 Uhr.
- Fortbildung „Gesundheit und Integration“, Modul 2, 8. – 9. Dezember 2007, Fortbildungszentrum der Landärztekammer Hessen, Bad Nauheim, Karl-Oelemann-Weg 5 – 7.
- Vorschau: Heilberufetag am 16. Januar 2008 (siehe auch im Editorial von Kammerpräsident Jürgen Hardt; nähere Details werden rechtzeitig bekannt gegeben).

Gedenken

Wir gedenken unserer verstorbenen Kollegen:

Dipl.-Psych. Jan Brozik, Bad Hersfeld, geb. 07.03.1950, gest. 16.05.2007.

Dipl.-Psych. Selge Lüdger, Friedrichsdorf, geb. 26.01.1944, gest. 11.08.2007.

Redaktion Hessische Kammerseiten:

Uta Cramer-Düncher, Stefan Baier

E-Mail: ptj@psychotherapeutenkammer-hessen.de

Hessenseiten des Psychotherapeutenjournals im Internet: www.psychotherapeutenkammer-hessen.de/ptj

Geschäftsstelle

Bitte vermerken Sie die neue Adresse der Geschäftsstelle!

Gutenbergplatz 1
65187 Wiesbaden

Tel 0611. 53168 0

Fax 0611. 53168 29

E-Mail: post@psychotherapeutenkammer-hessen.de

Internet: www.psychotherapeutenkammer-hessen.de

Satzungsänderungen

Am 1. Mai 2007 hat die Delegiertenversammlung der Landeskammer für Psychologische Psychotherapeutinnen und -therapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und -therapeuten die folgenden Änderungen der Satzung (zuletzt geändert am 18. Februar 2004) beschlossen:

Änderung des § 3

Anfügung an Abs. 1:

„... sowie alle Personen, die sich in Hessen in der praktischen Ausbildung nach den Ausbildungs- und Prüfungsverordnungen für Psychologische Psychotherapeuten und für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten befinden.“

Neufassung Abs. 5:

„Ausbildungskandidatinnen und -kandidaten für die Berufe nach Absatz 1, die nicht Pflichtmitglied sind, können

eine assoziierte Mitgliedschaft erwerben, wenn sie ihren Wohnsitz in Hessen haben oder ihre Ausbildung in Hessen stattfindet. Ihnen stehen die Rechte nach § 4 Abs. 1 (aktives und passives Wahlrecht) nicht zu.“

Anfügung eines Abs. 6:

„Berufsangehörige, die der Landeskammer angehört haben und eine freiwillige Mitgliedschaft nicht erwerben können, weil Sie den Beruf in einem anderen Land der Bundesrepublik Deutschland ausüben, können eine assoziierte Fördermitgliedschaft erwerben. Ihnen stehen die Rechte nach § 4 Abs. 1 (aktives und passives Wahlrecht) nicht zu.“

Änderung des § 6

Ersetzung in Abs. 1:

In § 6 Abs. 1 wird die Zahl „vier“ durch die Zahl „fünf“ ersetzt.

Änderung des § 8

Neufassung des Abs. 5:

„Satzungsänderungen bedürfen einer Zweidrittelmehrheit der satzungsmäßigen Anzahl der Delegierten. Anträge hierzu müssen vier Wochen vor Abstimmung den Delegierten vorliegen. Das gleiche gilt für Änderungen der Weiterbildungsordnung, soweit damit Weiterbildungsbereiche oder sonstige Weiterbildungsgänge, die zum Erwerb einer Zusatzbezeichnung führen, neu aufgenommen oder in ihrer Ausgestaltung verändert werden.“

Wiesbaden, den 30. Mai 2007

gez. Jürgen Hardt
Präsident

Die Änderung der Satzung wurde am 6. Juni durch das Hessische Sozialministerium genehmigt.



Münchener FamilienKolleg

Programm-Anforderung:
Blutenburgstr. 57, 80636 München
Fon: 089 – 22 29 92
Fax: 08134 – 92 365
E-mail: MFK.FamilienKolleg@t-online.de
Internet: <http://www.mfk-fortbildung.de>

Fortbildung 2007 / 2008 (Auswahl)

- 16. – 17.11. Yvonne Dolan: Mehr als nur Wunder – der lösungsfokussierte Ansatz
- 19.01. Giorgio Nardone: Einführung Master-Kurs Strategische Kurztherapie
- 11. – 12.04. Jim Wilson: Therapie als Theater der Möglichkeiten
- 16. – 19.04. Doris Heueck: Multiplikatorenkurs Präventives ElternTraining PET, 1. Teil
- 30. – 31.05. Scott Miller: Was wirkt in der Therapie?
- 20. – 21.06. Jochen Peichl: Das geteilte Selbst: Einführung in die Ego-State-Therapie

Masterkurs mit Giorgio Nardone und Team-Mitgliedern: 10 x 2 Tage 2008 - 2009 „Strategisch-konstruktivistische Kurz-Therapie“

Beginn 06. Juni 2008: Curriculum des Centro di Terapia Breve Strategica di Arezzo

Für alle Seminare gibt es Fortbildungspunkte der Bay. Psychotherapeutenkammer.